



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/221 - 25. September 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 886 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Zur Klausurtagung der CDU/CSU	S. 1
Zum Parteitag Labours	S. 3
Prof. Bechert, Mainz, über seinen Beitritt zur SPD	S. 5
Aspekte der Saar-Eingliederung	S. 6

Unter dem Druck des Wahljahres

sp. Die im Grunde allein bestimmende Regierungspartei, die CDU/CSU, macht gegenwärtig den Versuch, ihr angeschlagenes Selbstbewusstsein wieder aufzurichten und sich auch konkret mit den wichtigsten Fragen der praktischen Politik eine möglichst geschlossene Plattform für den schon angelaufenen Wahlkampf zu erarbeiten. Einen ersten Zwischenbericht hat sie am Dienstagnachmittag gegeben, eine abschliessende Bewertung ist für Mittwoch oder Donnerstag zu erwarten.

Die CDU/CSU hat von Beginn an unter einer strukturell bedingten Uneinheitlichkeit gelitten. Das war ihr selbst bewusst als einer Partei, die um die Zusammenfassung der konfessionellen Gegensätze bemüht war und die in ihren Reihen auch Schichten mit ganz widersprüchlichen Interessen vereinigen wollte. Der Bogen war zu weit gespannt, als dass eine natürliche Einheit und Harmonie sich entwickeln konnte. Man denke nur an das Schicksal des sogenannten "linken Flügels", dessen Tragik gerade eben Minister Kaiser vor den Sozialausschüssen seiner Partei beleuchtet hat oder an die vielen Feinlichkeiten, die mit dem Namen Würmeling als dem Repräsentanten eines militanten Konfessionalismus verbunden sind.

Diese Spannungen mussten sich steigern, als die Politik der Regierung, die die CDU/CSU trägt, in immer grössere und deutlicher werdende Schwierigkeiten geriet. Die Wiedervereinigungspolitik kam nicht einen Schritt weiter, im Gegenteil, noch nie waren die Aussichten auf eine baldige Wiederherstellung der deutschen Einheit so schlecht, und immer

mehr Menschen ist klar geworden, dass daran nicht zuletzt auch die Passivität der Bundesregierung und ihre von Anfang an verfehlte Weichenstellung mitschuldig sind. Äusserstes Unbehagen hat dann die unglückliche Behandlung der Beziehungen zu der Macht hervorgerufen, ohne deren Einverständnis eine Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich ist. Noch deutlicher trat das Unvermögen der Regierung in der Wehrfrage zutage. Was auf diesem Gebiet gerade in den letzten Monaten an Verworrenheit, Widersprüchen und Fehlgriffen zu verzeichnen war, musste auch viele von den willigsten Anhängern der Kanzlerpartei stutzig machen und in eine Abwehrstellung drängen.

Schliesslich ist die Zeit längst vergangen, in der die Menschen ihre wirtschaftliche und soziale Lage mit den Jahren der äussersten Not des Krieges und der ersten Nachkriegszeit verglichen. Heute tritt immer stärker das Missverhältnis ins Bewusstsein, das zwischen dem unleugbaren wirtschaftlichen Aufstieg und der bejammernswerten Lage von sechs Millionen alten Menschen und den Opfern des Krieges besteht, spürt jedermann, z.B. an den Preisen, wie ungleich und ungerecht die Segnungen des sog. Wirtschaftswunders verteilt sind. Die viel zitierte Sozialreform, von der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung 1953 sagte, sie werde im Mittelpunkt seiner Innenpolitik stehen, ist Stückwerk geblieben, soweit sie überhaupt in kleinen Einzelaktionen Gestalt annahm. Damit aber sind die wichtigsten Fehlentwicklungen angesetzt. Mit ihnen und mit vielen anderen drückenden Problemen beschäftigt sich die CDU/CSU-Führung intensiv, weil sie spürt, dass von ihrer befriedigenden Lösung auch die Stabilität der eigenen Partei selbst weitgehend abhängt.

Charakter und Art dieser Führung ist seit langem ein Kernstück der internen Auseinandersetzungen in dieser Partei. Der letzte Parteitag in Stuttgart hat das besonders sichtbar gemacht. Dort fiel zum ersten Mal ein dunkler Schatten auf den Glanz des Namens Adenauer, als man ihm gegen seinen erklärten Willen ein Granium von vier führenden Politikern an die Seite ab, von denen drei - Gerstenmaier, Arnold und Kaiser - durchaus nicht zu seinen ausgesprochenen Lieblingen und Vorzugsschülern gehören und nur der junge Herr von Dassel sich einseitigen der ungeteilten Gunst seines hohen Gönners zu erfreuen scheint.

Welch' ein Wandel liegt darin, dass heute, drei Jahre nach dem 6. September 1953, der mehr Adenauer als seiner Partei die absolute Mehrheit im Bundestag brachte, im Führungskreis der CDU/CSU Überlegungen darüber angestellt werden, ob es zweckmässig ist, mit dem Bilde des bald 61-jährigen Adenauer als dem zugkräftigsten Plakat in den Wahlkampf von 1957 zu gehen. Man zweifelt immer stärker daran. Andererseits beginnt man zu begreifen, dass in den nächsten Jahren eine Neuformung der Politik in allen ihren wesentlichen Teilen unerlässlich ist. Und man beginnt auch einzusehen, dass ein Mann wie Adenauer dazu nicht mehr in der Lage ist.

Gaitskell bringt Einheit

P.S. London

Auch auf diesem Parteitag Labours, der am Montag in Blackpool begann, wird der vor drei Wochen abgeschlossene Kongress der Gewerkschaften eine massgebliche Beeinflussung ausüben. Aneurin Bevan, der auch diesmal wieder für das Amt des Schatzmeisters kandidiert, muss alle Anstrengungen unternehmen, um seinen Hauptgegner George Brown, der dem rechten Gewerkschaftsflügel angehört, zu schlagen. Die Wahl zum Schatzmeister, der Mitglied der Exekutive ist, wird eine politische Kurdehung des Parteitages darstellen. Bevan wurde von rund einer Sechstel aller Unterorganisationen und von einer Anzahl Gewerkschaften aufgestellt. Für Brown entschieden sich nur sieben Parteigruppen, stimmte aber der einflussreiche Verband der Transportarbeiter, der allein über 1,3 Millionen Stimmen abgibt. Wenn sich nicht noch im letzten Augenblick Stimmen auf zwei weitere Kandidaten zersplittern, steht wohl fest, dass Bevan unterliegen dürfte, wenn auch seine Popularität eher zu- als abgenommen hat.

Zum ersten Male wird Hugh Gaitskell zu den Delegierten als Parteiführer sprechen. Unter seiner Leitung hat sich in der Parlamentsfraktion und in der gesamten Partei eine Beruhigung vollzogen; die Jahre der innerpolitischen Auseinandersetzungen gehen fast unmerklich in eine Zeit des organischen Aufbaus über. Noch befindet sich die Arbeiterpartei in einem programmatischen und organisatorischen Umformungsprozess, noch hat sie im vergangenen Jahre 90 000 Mitglieder verloren, und noch sind gute Resultate der Nachwahlen viel wahrscheinlicher auf die Enttäuschung von Schichten des Mittelstandes über die Regierungspolitik der Konservativen zurückzuführen als auf die Aktivität Labours. Der Partei gehören aber noch 850 000 Einzelmitglieder an, eine Zahl, die sich durch die korporative Mitgliedschaft der Gewerkschaften und kleinerer Organisationen auf rund 6,5 Millionen erhöht. Die nächste Wahl findet erst in vier Jahren statt, und gegenwärtig sind alle Voraussetzungen gegeben, dass sich die Reorganisation der Partei bis zu diesem Zeitpunkt vollzogen haben wird.

Es besteht kein Zweifel, dass Gaitskell von der Parlamentsfraktion als ihr Vorsitzender und gleichzeitig als Parteiführer bestätigt wird, nachdem er das "Probefahr" erfolgreich absolvierte. Den Vorsitz der Partei wird Margaret Herbison, eine schottische Abgeordnete, übernehmen,

die schon seit Jahren die grösste Stimmenzahl des Parteitages auf sich vereinigt, wenn die Wahlen zur Exekutive erfolgen. Sie war eine der ersten Mitglieder der englisch-deutschen Gruppe innerhalb der Fraktion. Auf diesem Parteitag wird aber noch eine andere Persönlichkeit der britischen Arbeiterbewegung in den Vordergrund treten, Frank Cousins, der Generalsekretär der Gewerkschaft der Transportarbeiter.

Am Schluss des Gewerkschaftskongresses wurde es gewiss, dass der Waffenstillstand zwischen Gewerkschaften und Regierung abgetroffen war; wusste man, dass er in der Geschichte der britischen Arbeiterbewegung eine Periode der Entwicklung beendete, die vornehmlich von Ernest Bevin und Arthur Deakin beeinflusst wurde; ahnte man, dass Cousins in kurzer Zeit eine politische Machtposition ausüben wird, die er auf dem Parteitag zu festigen beabsichtigt. Gaitskell und Cousins werden, wie ehemals Attlee und Bevin, alle Chancen haben, die britische Arbeiterbewegung in eine neue Ära zu leiten.

Auf dem Parteitag werden die gleichen Programmpunkte im Vordergrund stehen, die auch die Tagung der Gewerkschaften beherrschten. Im ausserpolitischen Feld dominieren Suez und Cypern. Von den 13 ausserpolitischen Resolutionen beschäftigen sich vier Anträge mit der "Wiedervereinigung Deutschlands durch freie und demokratische Wahlen", die "als ein echter Beitrag für die Sicherheit aller europäischen Staaten" gefordert wird. Auf wirtschaftlichen Gebieten dürften Inflation, Produktion, Automatisierung und Lohnfragen Debatten auslösen, die von einem rechten und linken Flügel geführt werden, die künftig auch in der Labour Party bestehen bleiben.

Wenn aber fünf Millionen Arbeitnehmer vor neuen Lohnkämpfen stehen, wenn die Existenz des Wohlfahrtsstaates bedroht ist, wenn weitere Arbeiterentlassungen aus der Industrie infolge mangelnder Wirtschaftsplanung unausbleiblich sind, wenn ausserpolitische Spannungen von einer Krise zur anderen führen, dann wird der Parteitag Labours in diesem Jahre gemeinsam mit dem rechten und dem linken Flügelmann eine geschlossene Front des Angriffs und der Abwehr bilden.

* * *

"Gerade die Wissenden müssen jetzt reden."Von der Pflicht zur politischen Betätigung

Vor kurzen ist Prof. Dr. Karl Bechert von der Universität Mainz, dessen Veröffentlichungen über die Gefahren der radioaktiven Verseuchung beträchtliches Aufsehen erregt haben, der SPD als Mitglied beigetreten. Dem Chefredakteur der in Mainz erscheinenden "Freiheit" beantwortete Prof. Bechert einige Fragen, die mit seinem Entschluss zusammenhängen. Die dabei von ihm geäußerten Ansichten haben nach unserer Meinung auch eine erhebliche grundsätzliche Bedeutung.

Frage: Herr Professor, Sie haben sich zum Eintritt in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands entschlossen. Können Sie mir sagen, welches der entscheidende Grund für diesen Entschluss war?

Antwort: Für mich war entscheidend die Überzeugung, dass die Sozialdemokratische Partei in ihren Zielen am meisten dem entspricht, was ich für Deutschland und die Menschheit im Ganzen für richtig halte: eine Politik des Friedens und der Verständigung, Abrüstung, eine gerechte Sozialpolitik, ernsthafter Wille, die Wiedervereinigung herbeizuführen, und ein ausenpolitisches Programm, das zur Herbeiführung von Frieden und Verständigung geeignet erscheint.

Frage: Man sagt oft in Kreisen der Intellektuellen, dass sich ein Wissenschaftler nicht parteipolitisch binden sollte. Glauben Sie, Herr Professor, dass dieser Standpunkt richtig ist?

Antwort: Natürlich nicht, sonst hätte ich mich nicht der Sozialdemokratischen Partei angeschlossen. Ich glaube, dass nur ein Zusammenschluss zum gleichen Ziel Aussicht auf Erfolg hat.

Frage: Worin besteht nach Ihrer Ansicht die Hauptaufgabe der deutschen Intelligenz in der jetzigen Situation unseres Vaterlandes?

Antwort: Ich habe in meiner Rede in Braunschweig vor den Lehrern am 9.9.1956 sehr deutlich von den Aufgaben gesprochen, welche die Wissenden heute haben. Ich sagte: "Gerade die Wissenden müssen jetzt reden!" So bin ich auch überzeugt, dass Wissenschaftler sich heute politischer Verantwortung nicht entziehen sollten.

Frage: Halten Sie es für möglich, dass Sie als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei in jeder Beziehung Ihren Aufgaben als bekannter Physiker gerecht werden können? Ich will damit sagen, ob Sie der Meinung sind, dass Sie im Rahmen der Bestrebungen der Sozialdemokratischen Partei auch Ihrem wissenschaftlichen Werk dienen können?

Antwort: Natürlich werde ich mir zu überlegen haben, welche - 6 -

meiner Pflichten mich am meisten beanspruchen kann. Heute glaube ich meinem Land auch dadurch dienen zu sollen, dass ich mich dringenden politischen Aufgaben nicht entziehe. Es geht jetzt um unser aller Leben und Zukunft. Überall erheben sich Fragen, zu deren Lösung Wissenschaftler ein gewichtiges Wort mitreden können.

Frage: Herr Professor, mir ist bekannt, dass Sie sich auch in Ihrer Wohngemeinde aktiv in die Kommunalpolitik eingeschaltet haben. Können Sie mir sagen, was Sie dazu veranlasst hat?

Antwort: Ich war immer der Meinung, dass man seinen Mitmenschen nach dem Maß der eigenen Kraft dienen soll. So habe ich mich dem Ruf nicht verschlossen, als ich gebeten wurde, das Amt des 1. Beigeordneten in meinem Wohnort zu übernehmen. Man kann in jedem Kreis versuchen, zum Rechten zu wirken.

Frage: Eine letzte Frage noch: Herr Professor: Halten Sie es für möglich, dass man Ihnen wegen Ihres Eintritts in die Sozialdemokratische Partei in gewissen Kreisen, mit denen Sie beruflich zusammenarbeiten müssen, Schwierigkeiten zu machen versucht?

Antwort: Ob ich das für möglich halte oder nicht, ist nicht so wichtig. Wenn es versucht werden sollte - ich fürchte mich nicht leicht vor Schwierigkeiten.

* * *

Heimattbund und Bundestagswahl

Zu diesem Thema schreibt der stellvertretende Vorsitzende der SPD Kreis Saar, Fr. Regitz in der "Saarbrücker Allgemeinen Zeitung" u.a.:

Der Saarvertrag, dessen Inhalt noch nicht im einzelnen bekannt ist, wird gewiss nicht all unsere Wünsche erfüllen. Wir werden die Wiedervereinigung mit Opfern zu bezahlen haben, die teilweise vom Bund und auch teilweise von der Saar selbst gebracht werden müssen. Bis zur Stunde wird hart darum gerungen, dass dieser Vertrag und die notwendigen Abmachungen mit der Bundesregierung die für uns bestmögliche Form erhalten. Bei diesen oft harten Auseinandersetzungen sollte jedoch nie ein Zweifel daran auftauchen, dass am ihrem Ende die Wiedervereinigung der Saar mit der Bundesrepublik stehen wird. Wo solche Zweifel hochkämen, wäre kein weiter Weg mehr zu einer neuen Eigenbrötelei, zur Fortsetzung unseres separaten, zwerghaushaltlichen Daseins.

Diese gemeinsame Aufgabe der politischen und wirtschaftlichen -7-

Eingliederung gegen den Willen der Bundesregierung und der Mehrheit des Bundestages hat die Existenz des Heimatbundes (der sich aus den deutschgesinnten Parteien an der Saar zusammensetzt) gerechtfertigt und notwendig gemacht. Der Heimatbund ist jedoch kein Modell für den Zusammenschluss der politischen Parteien auf Bundesebene. Dazu sind die Meinungsverschiedenheiten zwischen diesen Parteien in den Kernfragen der deutschen Politik zu gross. Wer ehrlich ist, sieht das ein. Wer Demokrat ist, weiss darüber hinaus, dass aus der Auseinandersetzung der Parteien erst das für jede Demokratie notwendige Klima der offenen Diskussion aller Probleme entsteht.

Deshalb ist der Vorschlag der DFS, als Heimatbund in den Bundestagswahlkampf zu ziehen, wohl nicht ganz ernst gemeint. Zehn Abgeordnete von der Saar vermöchten - auch wenn sie in allen ihre Heimat betreffenden Fragen hundertprozentig übereinstimmen würden - bei den 500 Mitgliedern im Bundestag nichts zu erreichen, wenn sie die grossen Parteien, die die deutsche Politik bestimmen, von der Notwendigkeit der Hilfe für die Saar überzeugen können. Deshalb werden sie in Bonn zu diesen Parteien und nicht zum Heimatbund gehören.

Das bundesdeutsche Wahlgesetz hat allerdings die Tücke, dass man fünf Prozent der Stimmen auf Bundesebene oder drei Direktmandate braucht, um ins deutsche Parlament einzuziehen. Das ist gut, denn es verhindert die unheilvolle Zersplitterung, an der nicht zuletzt die Weimarer Republik zugrunde ging. Es kann allerdings für nur in einem Land bestehende politische Gruppierungen zur unüberwindlichen Hürde werden. Es ist also verständlich, wenn es manchen Leuten heute schon einiges Kopfzerbrechen bereitet.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau